

**5. ÄNDERUNG
BEBAUUNGSPLAN NR. 2
GEMEINDE RIESTE**

ENTWURF

SAMTGEMEINDE BERSENBRÜCK / LANDKREIS OSNABRÜCK

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am
die Aufstellung der Bebauungsplanänderung beschlossen. Der
Aufstellungsbeschluß ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am
ortsüblich bekanntgemacht.

Rieste, den

.....
Gemeindedirektor

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am
dem Entwurf der Bebauungsplanänderung und der Begrün-
dung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 3
Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen
Auslegung wurden am ortsüblich bekanntge-
macht. Der Entwurf der Bebauungsplanänderung und der Be-
gründung haben vom bis zum
gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.

Rieste, den

.....
Gemeindedirektor

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am
dem geänderten Entwurf der Bebauungsplanänderung und der
Begründung zugestimmt und die erneute Auslegung gem. § 3
Abs. 2 und 3 BauGB vom bis zum
beschlossen. Ort und Dauer der 2. öffentlichen Auslegung
wurden am ortsüblich bekanntgemacht. Der
Entwurf der Bebauungsplanänderung und der Begründung
haben vom bis zum gem. § 3 Abs. 2
BauGB öffentlich ausgelegen. Bedenken können nur zu den
geänderten bzw. ergänzten Teilen vorgebracht werden.

Rieste, den

.....
Gemeindedirektor

Der Rat der Gemeinde hat die Bebauungsplanänderung nach
Prüfung der Anregungen und Bedenken gem. § 3 Abs. 2
BauGB in seiner Sitzung am als Satzung
(§ 10 BauGB) sowie die Begründung beschlossen.

Rieste, den

.....
Gemeindedirektor

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens für die Bebau-
ungsplanänderung ist gem. § 12 BauGB am
im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück bekanntge-
macht worden. Die Bebauungsplanänderung ist damit
am rechtsverbindlich geworden.

Rieste, den

.....
Gemeindedirektor

Innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Bebauungs-
planänderung ist eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1
Nr. 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvor-
schriften beim Zustandekommen der Bebauungsplanänderung
nicht geltend gemacht worden.

Rieste, den

.....
Gemeindedirektor

Innerhalb von sieben Jahren seit Bekanntmachung der Be-
bauungsplanänderung sind Mängel der Abwägung beim Zu-
standekommen der Bebauungsplanänderung nicht geltend
gemacht worden.

Rieste, den

.....
Gemeindedirektor

Die Bebauungsplanänderung wurde ausgearbeitet vom:

PLANUNGSBÜRO DR. HARTMUT SCHOLZ
Regional-Bauleitplanung u. Landespflege
Nikolaistraße 2, 49074 Osnabrück
Tel. (05 41) 2 22 57 Fax (05 41) 20 16 35

Osnabrück, den 04.07.1996

PRÄAMBEL

Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) i. V. m. § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung hat der Rat der Gemeinde diese Bebauungsplanänderung, bestehend aus der Planzeichnung und den nachstehenden textlichen Festsetzungen, in der Sitzung am als Satzung beschlossen.

PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

1. Gemäß § 31 (1) BauGB kann die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde von der Zahl der Vollgeschosse eine Ausnahme um + 1 Vollgeschoß zulassen, wenn die festgesetzten Traufenhöhen eingehalten werden.
2. In Geschossen, die keine Vollgeschosse sind, sind die Aufenthaltsräume einschließlich der zu ihnen gehörenden Treppenräume und ihrer Umfassungswände ganz auf die festgesetzte Geschoßflächenzahl anzurechnen.
3. Je Wohngebäude sind maximal 2 Wohnungen zulässig.
4. Zu der das Baugrundstück erschließenden Straße darf die Gebäudehöhe, gemessen an der Traufenseite von der Oberkante fertiger Erdgeschoßfußboden bis zum Schnittpunkt der Außenkante des aufgehenden Außenmauerwerks mit der Dachhaut, bei eingeschossigen Gebäuden höchstens 3,25 m betragen.
5. Die Höhe des fertigen Erdgeschoßfußbodens darf, gemessen von Oberkante Mitte fertiger Straße bis Oberkante fertiger Erdgeschoßfußboden, in der Mitte des Gebäudes an der Straßenseite 0,60 m nicht überschreiten.

Rieste, den

.....
Stellv. Bürgermeister

.....
Gemeindedirektor

HINWEISE

1. Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde gemacht werden, wird darauf hingewiesen, daß diese Funde meldepflichtig sind. Es wird gebeten, die Funde unverzüglich einer Denkmalbehörde oder einem Beauftragten für die Archäologische Denkmalpflege zu melden.
2. Von der Kreisstraße gehen Emissionen aus. Für die neu geplanten Nutzungen können gegenüber dem Träger der Straßenbaulast keinerlei Entschädigungsansprüche hinsichtlich Immissionsschutz geltend gemacht werden.
3. Zur Gewährleistung eines ausreichenden Brandschutzes sind die Bestimmungen des Arbeitsblattes W 405 der Techn. Regeln des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e. V. (DVGW) einzuhalten.

Planunterlage

Kartengrundlage: Liegenschaftskarte

V 2012/94

Liegenschaftskarte: 3217D, 3317C

Maßstab: 1 : 1000

Die Vervielfältigung ist nur für eigene, nichtgewerbliche Zwecke gestattet (§ 13 Abs. 4 des Niedersächsischen Vermessungs- und Katastergesetzes vom 2.7.1985, Nds. GVBl. S. 187, geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 19.9.1989, Nds. GVBl. S. 345).

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 10.02.1994). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.

Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.

Osnabrück

, den

Katasteramt Osnabrück

(Unterschrift)

PLANZEICHENERKLÄRUNG

ART DER BAULICHEN NUTZUNG

WA Allgemeines Wohngebiet
- überbaubarer Bereich -

MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

04 Grundflächenzahl
⑤ Geschoßflächenzahl
I Zahl der Vollgeschosse
(als Höchstgrenze)

BAUWEISE, BAUGRENZEN

o Offene Bauweise
△ ED Nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig

— Baugrenze
↔ Stellung der baulichen Anlagen
(Hauptfirstrichtung)

VERKEHRSFLÄCHEN

— Straßenbegrenzungslinie

SONSTIGE PLANZEICHEN

— Grenze des räumlichen Geltungsbereichs
■ Nicht überbaubare Grundstücksflächen

Gemeinde Rieste
Gemarkung Rieste
K 18



Bahnhof

B-Plan Nr. 2

Bahnhofstraße

K 148

B-Plan Nr. 12

Schießstand

